



# Sozialdemokratische Rathausfraktion der Stadt Neumünster

SPD-Rathausfraktion, Großflecken 75, 24534 Neumünster

Stadt Neumünster  
Herr Stadtpräsident  
Friedrich-Wilhelm Strohdiek  
Großflecken 59

24534 Neumünster

Großflecken 75  
24534 Neumünster  
Telefon 04321 / 929830  
Telefax 04321 / 929831  
e-Mail: rathausfraktion@spd-neumuenster.de  
Bank: 147060 Sparkasse Südholstein  
(BLZ 230 510 30)

0220/2008/An

Neumünster, 08. April 2013

Eing. 08.04.13 2. / 09.04.13

Sehr geehrter Herr Stadtpräsident,

StPr / Obm / 1. StR / StR / 10.1

ort. 09.04.13  
Ji

setzen Sie bitte folgende Resolution auf die Tagesordnung der nächsten Ratsversammlung am 23.04.2013.

Mit freundlichem Gruß

Bernd Delfs und Fraktion

## Resolution

### Sicherstellung der Kommunalen Wasserversorgung

Die Ratsversammlung der Stadt Neumünster fordert die Schleswig-Holsteinische Landesregierung und die Bundesregierung auf, alles in ihrer Macht stehende zu tun, um zu erreichen, dass die kommunale Wasserversorgung aus der EU-Richtlinie zur Vergabe von Konzessionen herausgenommen wird.

Trinkwasser ist ein lebensnotwendiges Lebensmittel und muss der Allgemeinheit in hoher Qualität zu bezahlbaren Preisen zur Verfügung stehen. Kommunale Unternehmen wie die SWN Stadtwerke Neumünster sehen sich hier dem Gemeinwohl verpflichtet und sichern das der Bevölkerung seit Jahrzehnten zu.

Der 100 %-ige Verbleib der Wasserversorgung in kommunaler Hand der SWN Stadtwerke Neumünster ist eine wesentliche Voraussetzung für die zukünftige Sicherstellung der qualitativ hohen und trotzdem günstigen Versorgung der Bevölkerung Neumünsters mit Trinkwasser. Die Ratsversammlung spricht sich für den kompletten Verbleib der Wasserversorgung einschließlich deren Netze bei den SWN Stadtwerken Neumünster aus.

b.w.

**Begründung:**

Auch wenn die Stadt die Konzession für die Wasserversorgung erst wieder an die SWN Stadtwerke Neumünster vergeben hat, ist es notwendig die grundsätzliche Haltung der Ratsversammlung in der politischen Diskussion deutlich zu machen.

Es gilt deutlich zu machen, dass es für diese Pläne der EU keinerlei Unterstützung gibt. Die Resolution soll auch dem Zusammenhalt der kommunalen Gemeinschaft gegenüber den Entscheidungsträgern dienen.